

2.4. Gegnerische Aktivitäten zur Aufwiegelung von Bürgern der DDR

Die im Jahre 1988 erzielten Untersuchungsergebnisse zeigen, daß das Bundesministerium für "innerdeutsche Beziehungen" (BMB) seine aus den Vorjahren bekannten Einmischungspraktiken in die inneren Angelegenheiten der DDR fortsetzt. Die festgestellten Aktivitäten des "BMB" waren darauf gerichtet, in der DDR durch die ständige Inspirierung von Übersiedlungsbestrebungen die permanente Erneuerung eines feindlich-negativ motivierten Stör- bzw. Konfliktpotentials zu bewirken, dieses mit Forderungen von außen auf gesellschaftliche Veränderungen im Innern der DDR zu orientieren sowie staatliche Maßnahmen der DDR als Menschenrechtsverletzungen hinzustellen, um damit die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR in Frage zu stellen.

Hier einzuordnen sind die über westliche Medien durch das "BMB" zugesicherten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Übersiedlungersuchende bei der Genehmigung der Ausreise, der Arbeitsplatz- und Wohnraumbeschaffung, die Abwerbungscharakter trugen und entsprechenden Eindruck in dem Motivationsgefüge der vom MfS bearbeiteten Personen hinterließen.

Die von den Übersiedlungersuchenden hergestellten Kontakte zum "BMB", zu anderen staatlichen Stellen, Politikern oder Organisationen wurden weiterhin auch dazu genutzt, die personelle Erfassung aller bekanntwerdenden Übersiedlungersuchenden vorzunehmen und diese Angaben zentral im "BMB" zusammenzuführen.

Das "BMB" richtete im Berichtszeitraum seine Anstrengungen weiterhin darauf, die registrierten Übersiedlungersuchenden aus der DDR bis zu ihrer Ausreise auf Kontakt zu nehmen, in ihrer ablehnenden bis feindlichen Haltung zur DDR zu bestärken und als Nachrichtenquelle über die innere Lageentwicklung in der DDR zu nutzen.